

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 344

Nils Goldschmidt

Der Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Themen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Gesellschaft und Politik

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Ehe und Familie

Bioethik, Gentechnik und Ökologie

Entwicklung und Frieden

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 8 15 96 - 0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96 - 21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2007

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2107-3

„Freiheit durch Sozialismus“?

„Freiheit durch Sozialismus“ – mit diesem Slogan treten Oskar Lafontaine und seine neue Partei *Die Linke* derzeit an, die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Deutschland neu zu interpretieren. Dass heute, keine 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende der menschenverachtenden sozialistischen Diktaturen, die Verbindung von Freiheit und Sozialismus auf der politischen Bühne wieder diskutiert wird, muss überraschen. Weder war es dem „real existierenden Sozialismus“, gegen den 1989 die Menschen auf die Straße gingen, gelungen, wirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen, noch konnte er die ersehnte Freiheit geben. Die gegenwärtigen Vertreter sozialistischen Gedankenguts propagieren nichtsdestotrotz einen neuen Sozialismus und positionieren sich in der Öffentlichkeit gleichermaßen als Fürsprecher eines gerechten Wirtschafts- und Sozialsystems wie auch einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Dieses Plädoyer ist für eine Partei, die im Neoliberalismus¹ ihren Hauptgegner sieht, eine wenig glaubhafte Äußerung und lässt an dem tieferen Ernst der Formel „Freiheit durch Sozialismus“ zweifeln.

Ungeachtet dieser Widersprüchlichkeiten vermischte Oskar Lafontaine mit demagogischem Geschick unter diesem Leitmotto in seinem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom Juli 2007 populäre Ressentiments gegenüber Wettbewerb und Markt mit dem Plädoyer für einen emotional aufgeladenen, aber letztlich leeren Begriff von sozialer Gerechtigkeit.² Einer neoliberalen Wirtschaftsdominanz wird eine scheinbar ehrliche demokratische, soziale und klar definierbare Politik gegenübergestellt, die die eigentliche Voraussetzung der Freiheit sei. Folglich gelte es den Markt durch den Primat eines demokratischen Sozialismus zu bändigen, ist doch der globale Kapitalismus der eigentliche Feind einer friedvollen gesellschaftlichen Entwicklung.³

Es sind dabei nicht unbedingt die einzelnen Thesen von Lafontaine, bei denen sich Widerspruch regt. Sätze wie „Soziale Sicherheit und Freiheit gehören aber untrennbar zusammen“, „Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft, freier, gerechter und solidarischer macht“ usw. sind wohl kaum strittig und auch von anderen schon so formuliert worden. Das Arglistige der „Freiheit durch Sozialismus“-These liegt nicht in ihren Einzelaussagen, sondern in der Form wie bekannte Aussagen von Oswald Spengler bis zu Walter Eucken, von Perikles bis zu Papst Johannes Paul II. miteinander verknüpft und in der Idee eines demokratischen Sozialismus miteinander verbunden werden. Man fühlt sich un-

willkürlich an Gotthold Ephraim Lessing erinnert: „Das Neue daran ist nicht gut, und das Gute daran ist nicht neu.“ Man kann deshalb auch sagen: „Freiheit durch Sozialismus“ ist kein ernsthafter Entwurf, aber ein Entwurf, über den man sich ernsthaft Sorgen machen muss.

Gegen diesen Populismus gilt es in der aktuellen Diskussion wieder gewissenhaft die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung zu bedenken. Es zeigt sich aber dann, dass die scheinbaren Alternativen von Markt versus Sozialstaat und von Leistung versus Gerechtigkeit gerade nicht den Kern dessen treffen, worum es den Gründungsvätern der Sozialen Marktwirtschaft ging. Vielmehr war und ist es der Kern der Sozialen Marktwirtschaft, Markt und Wettbewerb für soziale Ziele dienstbar zu machen – die aber ohne Markt und Wettbewerb auch unerreichbar bleiben würden.

Der rote Faden

Anders als es die heutige populäre Kapitalismus- und Neoliberalismuschelte auslegt, steht im Mittelpunkt des Programms der Sozialen Marktwirtschaft nicht das freie Spiel marktwirtschaftlicher Kräfte als Selbstzweck. Vielmehr verfolgte der erste Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, Ludwig Erhard, mit seinem marktwirtschaftlichen Kurs nach dem Zweiten Weltkrieg ein geradezu *sozialrevolutionäres* Anliegen. Auf den ersten Seiten seines Bestsellers „Wohlstand für alle“ von 1957, unter der Überschrift „Der rote Faden“, kann man dieses Anliegen bis heute in klaren Worten finden: „Am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden. (...) Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten.“⁴ Der Wettbewerb ist ein Mittel und nicht das Ziel der gesellschaftlichen Gestaltung – einer Gesellschaft, die nicht dem Interesse einzelner Akteure dient, sondern prinzipiell allen die gleichen Chancen zubilligt. In diesem Sinne steht auch für die wissenschaftlichen Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, die so genannte Freiburger Schule um Walter Eucken, am Anfang die Erkenntnis, dass aufgrund der Zusammengehörigkeit aller gesellschaftlichen Bereiche „die soziale Frage nur durch eine zureichende Gesamtordnung gelöst werden [kann]. Und so ist die soziale Frage ein Teil der großen Frage nach einer zureichenden freien Wirtschaftsordnung. Gera-

de soziale Gründe zwingen dazu, diese Linie der Wettbewerbsordnung zu verfolgen.“⁵

Um dieses soziale Anliegen zu erreichen, so die gemeinsame Überzeugung der Pioniere der Sozialen Marktwirtschaft, kann der Wettbewerb aber nicht sich selbst überlassen, sondern muss durch einen starken Staat diszipliniert werden. Mit dem starken Staat ist aber kein totaler Staat gemeint, der mehr und mehr in die Lebensbereiche seiner Bürger eingreift und sie zu lenken sucht (ein Vorwurf, der sich aber fälschlicherweise bis heute gegenüber der Freiburger Schule hartnäckig hält), sondern gemeint ist der *wirkmächtige* Staat, der der Wirtschaft wenige, aber klare Regeln setzt, um so die soziale Funktion des Wettbewerbs zu sichern.

Die Soziale Marktwirtschaft ist somit eine „staatliche Veranstaltung“ und beruht auf dem Gedanken, mittels einer zureichenden Gesamtordnung den wirtschaftlichen Prozess so zu lenken, dass er sich zum Wohle aller, im Sinne der Gerechtigkeit, auswirkt. In der Metapher von den „Spielregeln“ weiß Ludwig Erhard entsprechend zu formulieren: „Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist ... die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen.“ Der Staat ist also Gestalter und Träger der Wirtschaftsordnung, nicht Lenker des Wirtschaftsprozesses. In diesem Konzept, das aufgrund der Betonung des Ordnungsgedankens auch als *Ordoliberalismus* bezeichnet wird, steht der Staat – in einer Formulierung von Wilhelm Röpke – für „die Unabhängigkeit von Interessengruppen“ und ihn kennzeichnen „die unbeugsame Geltendmachung seiner Autorität und seiner Würde als Vertreter der Allgemeinheit“⁶. Dieses Allgemeininteresse ist aber nicht ökonomisch bestimmbar, sondern Ergebnis sozialphilosophischer Erwägungen und gesellschaftlicher Diskussion. Insofern ist auch ein moderner Ordoliberalismus und seine Umsetzung in eine Soziale Marktwirtschaft notwendigerweise angewiesen auf normative Grundlagen.

„Marktwirtschaft ist nicht genug“

Im Unterschied zu den vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen, insbesondere der Wohlfahrtsökonomik, geht es im Ordoliberalismus nicht nur um die Herstellung wirtschaftlicher Effizienz *per se*, sondern um die Verknüpfung von ökonomischen Sachnotwendigkeiten mit allgemeinen gesellschaftlichen Prämissen: „Deshalb besteht eine große Aufgabe darin, dieser neuen industrialisierten Wirtschaft mit ihrer weitgreifenden Arbeitsteilung eine funktionsfähige und men-

schenwürdige Ordnung der Wirtschaft zu geben, die dauerhaft ist.“⁷ Die Funktionsfähigkeit von Märkten kann nicht von der Beschäftigung mit Fragen nach einem menschenwürdigen Leben getrennt werden. Dementsprechend ist die Verwirklichung von Gerechtigkeit auch das bleibende Ziel der Marktwirtschaft. Dass Markt und Wettbewerb dabei notwendigerweise Einkommensungleichheiten hervorbringen, hat nichts mit der Frage nach Gerechtigkeit zu tun. Die Forderung nach Gerechtigkeit bedeutet keine egalitäre Einkommensstruktur, sondern die Forderung nach Regeln, innerhalb derer der Wettbewerb nach fairen Grundsätzen stattfindet und zugleich jedem eine Chance bietet, an diesem marktlichen Wettbewerb auch tatsächlich teilnehmen zu können.

Folglich stehen normative und sozialetische Fragen am Anfang der Sozialen Marktwirtschaft: Welche normativen Vorgaben sind den wirtschaftlichen Prozessen vorgegeben? Ebenso stellt sich die Frage nach den gesellschaftlichen Zielen, die hier verwirklicht werden sollen. Unter dem Titel „Marktwirtschaft ist nicht genug“ hat Wilhelm Röpke bereits Mitte der 1950er Jahre hierzu ausgeführt: „Wir wollen keinen Abstrich an Marktwirtschaft, Wettbewerb und freier Wirksamkeit des Preismechanismus, keinen gut geschüttelten Cocktail von Markt, Monopol und Kommandowirtschaft. Aber ebenso gut wissen wir, dass, wenn wir eine reinliche, freie und auf dem Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft anstreben, diese nicht frei im gesellschaftlichen, politischen Raume schweben kann, sondern von einem festen Rahmenwerk gesellschaftlich-politisch-moralischer Art gehalten und geschützt werden muss. (...) Marktwirtschaft ist eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung einer freien, glücklichen, wohlhabenden, gerechten und geordneten Gesellschaft. (...) Mit anderen Worten: das schließliche Schicksal der Marktwirtschaft mit ihrem bewunderungswürdigen und völlig unersetzlichen Mechanismus von Angebot und Nachfrage entscheidet sich – jenseits von Angebot und Nachfrage.“⁸

Soziale Marktwirtschaft ist offen für und zugleich angewiesen auf eine Diskussion gesellschaftlicher und normativer Vorgaben. Es geht um den Diskurs über und die politische Arbeit an gesellschaftlichen Strukturen, die es dem Einzelnen ermöglichen, ein gutes und selbst bestimmtes Leben zu führen. Diese Möglichkeiten für ein gutes Leben sind dann der normative und zugleich politisch zu realisierende Anspruch an die gesellschaftliche Ordnung und die jeweiligen, auch rechtlichen Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln.

Hierbei ist es unerlässlich, sich immer wieder deutlich vor Augen zu führen, dass es bei dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft um eine

Gesellschafts-, nicht um eine individuelle Handlungstheorie geht. Der normative Zug des Konzeptes ist also nicht so sehr in einer spezifischen individual- und tugendethischen Ausrichtung zu sehen, sondern in der Verankerung sozialer Prämissen innerhalb der Rahmenordnung. Treffend hat dies Götz Briefs zum Ausdruck gebracht: „Man kann edel und gut sein, ohne ‚sozial‘ zu sein (...). Vor allem aber: Man kann ‚sozial‘ sein, ohne hilfreich und gut zu sein. Edel-, Hilfreich- und Gutsein sind personale Tugenden, die in Gemeinschaften erwachsen und sich mit ihnen aktivieren; das Soziale dagegen stammt aus dem Bereich der Gesellschaft, aus der Schau der gesellschaftlichen Zusammenhänge von Individuen und Gruppen. Das Soziale ist funktional, nicht personal. Personale Motivationen können hinter dem Sozialein stehen, aber sie müssen es nicht.“⁹

Die gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft

Die normative Dimension ökonomischen Denkens und Handelns verweist zugleich darauf, dass eine zukunftsfähige Soziale Marktwirtschaft auch „sozial“ in dem Sinne ist, dass sie nicht losgelöst ist von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen, sondern in soziale Strukturen eingebettet ist. Folglich werden auch marktliche Reformprozesse nur dann erfolgreich sein, wenn diese Strukturen einer Gesellschaft ernst genommen werden. Gerade die Transformationsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa haben schmerzlich gezeigt, wie sehr der ökonomische Wandel und die erfolgreiche Verankerung marktwirtschaftlicher Institutionen gebunden sind an das jeweilige vorherrschende soziale und auch religiöse Umfeld. Alfred Müller-Armack, langjähriger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, der den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ prägte, sprach in diesem Zusammenhang von der notwendigen „Entdeckung der geistigen Landschaften“¹⁰. Wenn diese sozialen Bedingungen nicht Teil der Wirtschaftspolitik sind, wird institutioneller Wandel kaum dauerhaft Erfolg haben.¹¹ Mit Blick auf die Transformationsprozesse im Osten Europas spricht vieles dafür, dass wir uns mehr und mehr auf eine „zweite Phase“ der Transformation zu bewegen. Es zeigt sich, dass nicht nur vorherrschende Denkmuster es überhaupt erschweren, marktliche Strukturen einzuführen, wie Russlands Oligarchie und die Schwierigkeiten in fast allen Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten belegen. Auch stehen anfängliche Transformationserfolge dann auf tönernen Füßen, wenn die innerstaatlichen politischen Diskurse nicht mit den wirtschaftlichen Wandlungsprozessen Schritt halten (wie die Turbulenzen in der vergangenen Zeit beispielsweise in Polen und

Ungarn gezeigt haben). Die Abkehr der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in den letzten Jahren von Strategien, die nach dem Motto „one fits all“, d. h. ein ökonomisches Patentrezept für alle Länder, verführen (der so genannte „Washington Consensus“), zeigen an, dass auch unter Ökonomen die Einsicht wächst, dass eine kulturelle Ausrichtung wirtschaftspolitischen Denkens geboten ist.

Ähnliches gilt auch für die Reformbemühungen in Deutschland:¹² Um Reformideen, die gesellschaftlich tragfähig sind, zu entwickeln, ist es wesentlich, dass die angestrebten Reformen in eine Gesamtkonzeption und in eine klare Zielrichtung eingebunden sind. Die aktuelle Reformdebatte ist hingegen zu sehr orientiert an detaillierten Veränderungen einzelner Bereiche – sei es Rente, Gesundheit, Pflege, Familie oder Arbeitsmarkt. Die von Eucken gegen die „nervöse Unrast der Wirtschaftspolitik, die oft heute verwirft, was gestern galt“¹³ geforderte „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ ist als langfristige und umfassende Reformstrategie heute angesichts der kurzatmigen, allein situationsbezogenen Politik im aktuellen Parteiengenzänk dringender denn je. Es ist wohl eine seit den Jahren von Ludwig Erhard verlorene Kunst, die soziale Güte wettbewerblicher Lösungen breiten Schichten vermitteln zu können. Zugleich scheint es politisch nicht mehr opportun, soziale Fragestellungen zu debattieren und erst anschließend diesen die jeweilige effiziente ökonomische Ausgestaltung als Mittel, nicht als Ziel gesellschaftlicher Ordnung zur Seite zu stellen.

Für die deutsche Reformdebatte ist dabei das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft wesentlich, das sich in langen Jahrzehnten des sozialen Friedens aufgebaut hat. Nur wenn überzeugend vermittelt werden kann, dass wirtschaftliches Wachstum auch weiterhin sozial wirksam wird, werden die Menschen Reformen akzeptieren. Die viel beschworenen „notwendigen Reformen“ verschleiern hier mehr als sie helfen. Reformen sind nicht „aus sich heraus“ oder aufgrund einer „Marktlogik“ notwendig, sondern im besten Falle sinnvoll, weil sie den Menschen nützlich sind. Hierbei sollte man behutsam vorgehen. Das historisch gewachsene Vertrauen in die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft als eine ökonomisch effiziente und zugleich sozial gerechte Wirtschaftsordnung ist ein Kapital, mit dem man wuchern kann. Das bedeutet nicht, dass die Reformdebatte ausgesetzt werden soll. Im Gegenteil: Es geht nicht um die Sicherung des institutionellen Status quo (der im Wandel der Anforderungen auch gar nicht „konserviert“ werden kann), sondern um eine Intensivierung der Debatte gerade auch über sozialstaatliche Grundfragen; es geht um „sinnvolle Reformen“.

Sozialpolitik mit dem Markt

Die sozialen Probleme sind für die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft nur mittels einer „Koordination aller Teile der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik aufeinander“¹⁴ lösbar. Sozialpolitik ist nicht der Korrekturbetrieb, kein Anhängsel der Sozialen Marktwirtschaft, sondern ein gleichwertiger und integraler Bestandteil des Konzepts. Ohne Sozialpolitik gibt es keine Soziale Marktwirtschaft. Gilt die Lösung sozialer Fragestellungen als Zielpunkt der Sozialen Marktwirtschaft, sollte dies aber weder auf eine Gegenüberstellung oder einen Kompromiss von ökonomischem und sozialem Anspruch reduziert werden. Es geht nicht um punktuelle Interventionen in den Markt „aus sozialen Gründen“, sondern um ein umfassendes, systematisches Miteinander. Die Koordination der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Ebene der „Spielregeln“, d. h. auf der Ebene der Wirtschaftsverfassung, ist die entscheidende Ordnungsaufgabe. Nur auf diese Weise kann einer modernen Sozialpolitik tatsächlich zur Geltung verholfen werden. „Diese punktuelle Behandlung der Probleme muss zurücktreten. Aber nicht, weil das Anliegen der Sozialpolitik (...) nebensächlich geworden wäre. Im Gegenteil. Weil es so vordringlich ist, muss es für das gesamte Denken über die Wirtschaftsordnung *mitbestimmend* sein.“¹⁵

Diese Sichtweise Euckens kann als der zentrale Punkt einer modernen Konzeption der Sozialpolitik verstanden werden: Sozialpolitik ist weder *gegen* noch *für* den Markt, sie ist als Sozialpolitik *mit* dem Markt zu verstehen, als eine *Politik der sozialen Ordnung*. Eine Reform der Pflegeversicherung beispielsweise wird nur dann akzeptiert und nachhaltig sein, wenn neben Fragen der Finanzierung vor allem und zunächst über die soziale Dimension der Pflegebedürftigkeit in einer alternden Gesellschaft öffentlich diskutiert und politisch beraten wird. Mit einer „Sozialpolitik *mit* dem Markt“ sind Politik wie Öffentlichkeit aufgefordert, solche Lösungsvorschläge zu formulieren, die sich den sozialen Anliegen der Gesellschaft ernsthaft zuwenden. Zugleich müssen aber auch ökonomische Zusammenhänge akzeptiert werden. Einem hohen Maß an Umverteilung sind die langfristigen Folgen für die Ordnung der Märkte und für die Wirksamkeit des Wettbewerbs gegenüberzustellen. Eine Gesundheitspolitik, die für alle und unter allen Umständen das höchste Niveau einfordert, ist nicht nur unrealistisch, sondern zugleich in einer dynamischen Volkswirtschaft bedenklich, wenn sie mit hohen Steuer- und Beitragssätzen sowie massiven Umverteilungen einhergeht. Auch hier wäre es sicherlich vorteilhafter, gerade aus sozialen Gründen, die positiven Kräfte des Wettbewerbs zu nutzen, statt weiterhin die Pfründe

eines kartellierten Gesundheitsmarktes auf dem Rücken der Beitragszahler politisch abzusichern.

Der verhängnisvolle Weg in den Wohlfahrtsstaat

In der Diskussion um die Soziale Marktwirtschaft wurde aber bald deutlich, dass dieses integrative Verständnis, diese notwendige Verschränkung von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Anliegen in der Ausgestaltung der Rahmenordnung, auch konzeptionell nicht konsequent durchgehalten wurde. Schon Alfred Müller-Armack charakterisierte die Sozialpolitik eher als die Sphäre des Sozialen, während der Markt als Bereich der Freiheit galt: „Das entscheidende Problem ist jedoch, wie die divergierenden Zielsetzungen von sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Freiheit zu einem neuartigen Ausgleich gebracht werden können.“¹⁶ Die so getrennt gedachten Bereiche von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden dann auch im Verlauf der politischen Diskussion immer mehr zu Gegensätzen. Eine Gegenüberstellung mit weit reichenden Konsequenzen für die Dynamik des Wohlfahrtsstaats.

Insbesondere der wirtschaftliche Rückgang seit den 1970er Jahren und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosigkeit haben zu einer veränderten Wahrnehmung der Sozialpolitik geführt. Mit der Zunahme wirtschaftlicher Unsicherheit wuchs das Verlangen nach höherer sozialer Absicherung. Die Ergebnisse des Wirtschaftssystems wurden vermehrt als gesellschaftlich mangelhaft bzw. ‚ungerecht‘ eingestuft und einem notwendigen sozialen Ausgleich gegenübergestellt, der sich, politisch legitimiert, in ‚normierten‘, d. h. rechtlich festgeschriebenen Ansprüchen manifestierte. Auch struktureller Wandel und der Niedergang ganzer Wirtschaftszweige, die nicht selten – wie die Kohle- und Stahlindustrie – für die junge Bundesrepublik identitätsstiftend waren, ließen den besorgten Ruf nach einem Ausgleich zum scheinbar kalten ökonomischen Mechanismus laut werden. Galt dabei der Sozialstaat zunächst als Ergänzung, wurde er später immer mehr zum Gegenspieler des ökonomischen Systems. Dies ging so lange gut, wie es möglich war, die steigenden Sozialausgaben mit einem steigenden Wirtschaftswachstum anderer Bereiche der Volkswirtschaft zu verknüpfen. Ingo Pies sprach in diesem Zusammenhang einmal treffend von einer „Schönwetter-Programmatik“¹⁷.

Doch die anhaltende wirtschaftliche Stagnation und die immer offensichtlichere Krise der sozialen Sicherungssysteme seit den 1980er Jahren und vor allem nach der deutschen Wiedervereinigung erforderten ein

Umdenken und eine Abkehr vom ausufernden Wohlfahrtsstaat. Entsprechend lag es für Wirtschaftswissenschaftler nahe, die Sozialpolitik durch den marktlichen Anreizmechanismus zu disziplinieren und sie unter den unbedingten Vorbehalt der ökonomischen Effizienz zu stellen. Der bei vielen Ökonomen mittlerweile reflexhafte Verweis auf die Finanzierungsschwierigkeiten der Sozialsysteme, hat zugleich dazu geführt, die Rolle der Wettbewerbsordnung als Mittel, nicht als Ziel der gesellschaftlichen Gestaltung aus dem Blick zu verlieren. Die positiven Wirkungen von Markt und Wettbewerb wurden mehr und mehr in der wissenschaftlichen gleichwie in der öffentlichen Diskussion zum Maßstab der Güte der Sozialpolitik.

Von quantitativer zu qualitativer Sozialpolitik

Gegen diese Ökonomisierung der Sozialpolitik gilt es, die eigentliche soziale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker in das Bewusstsein der öffentlichen Debatte zu bringen. Hiermit muss eine Akzentverschiebung einhergehen: Anstelle der Ausrichtung auf materielle Fürsorge gilt es, die Bedingungen „selbst bestimmter Teilhabe“ zu sichern.¹⁸ Zwar war gerade die Notwendigkeit einer *quantitativen* Sozialpolitik mit Beginn der Industrialisierung und zumal nach Ende des Zweiten Weltkrieges vordringlich, da nur über eine grundlegende materielle Sicherung auch eine Einbeziehung („Inklusion“) in die Gesellschaft möglich wurde. Aber gerade weil das Projekt Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ als vordringliche Aufgabe der jungen Sozialen Marktwirtschaft der frühen Nachkriegsjahre in Deutschland so erfolgreich durchgeführt wurde, ist es angezeit, heute neu und weiter zu denken. Anders als in den Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen Armut weiterhin mehr als jede Krankheit das vorherrschende Lebensrisiko darstellt, ist materielle Armut – gleichwohl sie in Einzelfällen nach wie vor auftritt – nicht das Kernproblem der europäischen und nordamerikanischen Gegenwart. Zwar ist eine materielle Mindestausstattung nach wie vor eine Voraussetzung zur Einbeziehung in die Gesellschaft, jedoch ist dies weitgehend durch den verstetigten Wohlstand und die vorherrschenden Sicherungssysteme und Einrichtungen der Sozialpolitik gegeben. Ihre Ausgestaltung und ihr Umbau sind Fragen ökonomischer und politischer Klugheit.

Das zentrale Problem einer aktuellen Sozialpolitik scheint aber anders gelagert zu sein als es eine materielle Sichtweise zu Zeiten Erhards nahegelegt hatte. Favorisiert man eine an gesellschaftlichen Vorgaben aus-

gerichtete Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, verschiebt sich der Blickwinkel für die Zukunft. Hellsichtig hat hierzu der große deutsche Sozialpolitiker Wilfrid Schreiber schon Ende der 1950er Jahre ausgeführt: „Wenn wir heute noch Sozialpolitik brauchen – und wir brauchen sie in der Tat –, dann müssen wir zumindest eine saubere Zweiteilung vornehmen. Es gilt zu sorgen für eine Fülle von schuldlos Darbenden, von schuldlos in Not Geratenen, von Menschen, die sich tatsächlich nicht selber helfen können. (...) Das wollen wir tun. Aber ich würde das nicht mehr Sozialpolitik nennen. Man wird einen deutlichen und sauberen Strich machen müssen zwischen Versorgung und Fürsorge auf der einen Seite und konstruktiver Sozialpolitik auf der anderen.“¹⁹

Im Sinne einer solchen konstruktiven Sozialpolitik bedeutet die gesicherte materielle Basis nicht das Ende der Sozialpolitik. Ganz im Gegenteil: Die Einbeziehung jedes Einzelnen war zwar seit jeher die Aufgabe der Sozialpolitik, erlangt aber nach Abschluss des Projektes „Wohlstand für alle“ eine andere Dimension. Gefordert ist weniger eine *quantitative* als vielmehr eine *qualitative* Sozialpolitik. In einer modernen Gesellschaft erreicht man die Inklusion in die Gesellschaft nicht allein durch die Sicherung der materiellen Existenz, sondern es bedarf auch der Sicherung der gesellschaftlichen Existenz. Qualitative Sozialpolitik geht über die quantitative, rein materielle Absicherung hinaus. Ziel einer qualitativen Sozialpolitik ist es, jedem Einzelnen die Einbeziehung in gesellschaftliche und ökonomische Prozesse zu ermöglichen und jedem die Chancen, aber auch den Freiraum für ein selbst bestimmtes Leben zu geben.

Dabei lässt sich das zentrale Problem einer qualitativen Sozialpolitik wie folgt umschreiben: Die Möglichkeit, vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein, d. h. materielle Absicherung sowie politische Teilhabe zu erlangen, ist primär gebunden an die Möglichkeit, Teil des ökonomischen Systems zu sein. In concreto bedeutet dies: Die Inklusion in die moderne Gesellschaft ist gebunden an die Teilhabe am Markt. Der Markt als ökonomisches System kann aber aus sich heraus gerade diese individuelle Teilhabe nicht garantieren. Möglichkeiten für die Eingliederung in den Markt zu eröffnen, ist das vordringliche Ziel einer modernen Sozialpolitik. Eine qualitative Sozialpolitik dreht somit die Logik des Versorgungsstaates um und stellt die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen in den Vordergrund. Die Ergebnisse des Marktes im Nachhinein umzuverteilen, kann hingegen nur die *ultima ratio* sozialstaatlichen Handelns sein. Die primäre Aufgabe liegt darin, bereits im Vorfeld dafür zu sorgen, dass jeder und jede die Chance hat, aktiv seine Fähigkeiten in

Markt und Gesellschaft einzubringen und somit ein von staatlicher Fürsorge unabhängiges Dasein zu führen. Zwar wird es, gerade auch aufgrund von Krankheit und Behinderung, nicht immer möglich sein, alle in gleicher Weise in wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse einzubinden, aber das Bemühen des Sozialstaates muss zuerst darauf gerichtet sein. Nur der Sozialstaat wird legitimerweise *fordern* dürfen, der seinen Pflichten zu *fördern* bereits in einem hohen Maße nachkommt. Wenn sich, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie belegt, ein Viertel der Acht- bis Elfjährigen bereits in diesem Alter sozial benachteiligt fühlt und keine weiterführende Bildung anstrebt²⁰, zeigt dies, wie vordringlich es ist, sich nicht nur um die Höhe von Kindergeld und die Länge von Bezugszeiten zu streiten, sondern die tatsächlichen Verwirklichungschancen kommender Generationen in den Blick zu nehmen – aus sozialen wie aus ökonomischen Gründen. Die Befähigung durch schulische Ausbildung, politische Bildung und die Integration in das soziale Gefüge sind die vordringlichen Aufgaben der zukünftigen Sozialpolitik, die ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig zu verwirklichen sucht.

Strukturen der Gerechtigkeit

Hiermit kommt zugleich die Politik ins Spiel, die nicht auf individuelle Solidarität und Moral, d. h. auf das Wohlwollen der Menschen, aufbauen kann, sondern den Anforderungen gesellschaftlicher Gerechtigkeit unterworfen ist bzw. sein sollte. Es muss das Ziel einer integrativen Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer modernen Marktwirtschaft sein, Strukturen der Gerechtigkeit in den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen systematisch zu verankern. Dem Markt einen sozialen Rahmen zu geben und dem Interesse der Bürger entsprechend zu gestalten, ist die Anforderung einer modernen Gerechtigkeitskonzeption. Die staatliche Aufgabe liegt dann darin, dass der Staat tatsächlich in der Lage sein muss (und hierfür auch Verantwortung übernimmt), dem ökonomischen System von außen Bedingungen seiner Funktionsweise zu setzen. Dass dies in der Moderne, zumal unter den Bedingungen der Globalisierung, zunehmend schwieriger geworden ist, ist unbestritten. Nichtsdestotrotz bleibt es die zentrale Aufgabe des modernen Staates.

Die Instrumente hierfür sind zwar plural (öffentlich-rechtlich, marktwirtschaftlich oder assoziativ), ihre Zielperspektive (die Inklusion des Einzelnen in Gesellschaft und Markt) ist aber einheitlich. In kurzer Frist ist die zentrale „Stellschraube“ der Teilhabe vor allem die Integration in

den Arbeitsmarkt als erster Zugangsweg zum ökonomischen System. Ohne hier Lösungen anzubieten, wird jede Sozialpolitik scheitern müssen.

Ordnung in Freiheit

Wenn Oskar Lafontaine in dem angesprochenen Zeitungsartikel behauptet, dass Kapitalismus und Sozialismus „in Wirklichkeit ... vieles gemeinsam“ hätten und er hierin mit Walter Eucken übereinstimme, dann ist dies nicht nur eine bemerkenswerte Verfälschung historischer Positionen, sondern zugleich eine Verkehrung des Grundanliegens der Sozialen Marktwirtschaft. Selbst wenn man einmal Euckens harsche Kritik am Sozialismus (ein Begriff, den er übrigens wie den Begriff des „Kapitalismus“ als ideologisch überhöht ablehnte) außer Acht lässt, bleibt es ein Grundzug im Denken der Grundväter der Sozialen Marktwirtschaft, jedwede *direkte* gesellschaftliche Kontrolle über Schlüsselbereiche der Wirtschaft – wie es Lafontaine fordert – abzulehnen.

Letztlich ist es aber vor allem die Verengung der öffentlichen Debatte auf rein wirtschaftliche Belange, die es erschwert, wieder zum sozialen Kern der Sozialen Marktwirtschaft vorzudringen. Eine politisch motivierte Ablehnung marktwirtschaftlicher Prozesse ist genauso unheilvoll wie die bloße Reduzierung der Marktwirtschaft auf ihre unbestrittene Effizienz. Beides verharrt in einem reinen Ökonomismus. Hingegen ist die Soziale Marktwirtschaft mehr als nur ein ökonomisches Konzept. Sie zielt auf die Schaffung einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Bewusstsein der Zusammengehörigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Teilordnungen und auf der Grundlage eines klaren normativen Fundaments. Die ökonomische Freiheit ist nur dann sozial, wenn sie eingebettet ist in eine gesellschaftliche Ordnung: „Freiheit und Ordnung sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. *Ordnen heißt in Freiheit ordnen.*“²¹ Das Soziale der wirtschaftlichen Freiheit gründet in einer wohldurchdachten gesellschaftlichen Ordnung. Jedwede Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft muss diesem Anspruch Rechnung tragen.

Anmerkungen

1 Der Begriff „Neoliberalismus“ wurde 1938 auf einer Tagung in Paris, dem so genannten „Colloque Walter Lippmann“, geprägt, an der u.a. auch die beiden

- Vordenker und späteren Begleiter der Sozialen Marktwirtschaft, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, teilnahmen. Die dort geforderte Wiederbelebung des Liberalismus zielte – in Abgrenzung zur Politik des Laissez-faire im 19. Jahrhundert – vor allem darauf, dass die Freiheit von Märkten sich nur dann tatsächlich zum Wohle der Menschen auswirkt, wenn für den Wettbewerb klare politische Regeln gesetzt werden. So schreibt Röpke später, dass das Neue des Neoliberalismus darin liege, „das Vertrauen auf die Freiheit der Märkte und die Einsicht, dass diese Freiheit einer umfassenden Politik bedarf“, miteinander zu verbinden (Röpke, Wilhelm: Maß und Mitte, Zürich 1950, S. 142). Die heutige Kritik am Neoliberalismus kritisiert also eigentlich das, was die Neoliberalen ursprünglich selbst ins Visier genommen hatten.
- 2 Lafontaine, Oskar: Freiheit durch Sozialismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 2007, S. 7.
 - 3 Der Begriff des demokratischen Sozialismus floriert nicht nur bei Die Linke, sondern auch das jüngst verabschiedete Grundsatzprogramm der SPD („Hamburger Programm“) bekennt sich weiterhin zu dieser Formel.
 - 4 Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, Neuauflage 2000, S. 7 f.
 - 5 Eucken, Walter: Die soziale Frage, in: Edgar Salin (Hg.), Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948, S. 131.
 - 6 Röpke, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Bern, Stuttgart, 6. Aufl. 1979, S. 157.
 - 7 Eucken, Walter: Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin u.a., 9. Aufl. 1989, S. 240.
 - 8 Röpke, Wilhelm: Marktwirtschaft ist nicht genug [1957], wiederabgedruckt in: ders., Wort und Wirkung, Ludwigsburg 1964, S. 137 ff.
 - 9 Briefs, Götz: Heilserwartung und Kollektivismus [1961], wiederabgedruckt in: ders., Ausgewählte Schriften. Erster Band: Mensch und Gesellschaft, Berlin 1980, S. 447.
 - 10 Müller-Armack, Alfred: Über die Macht des Glaubens in der Geschichte [1949], wiederabgedruckt in: ders., Religion und Wirtschaft, Bern, Stuttgart, 3. Aufl. 1981, S. 537.
 - 11 Vgl. Goldschmidt, Nils und Joachim Zweynert (Hg.): Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa, Münster, Hamburg 2006.
 - 12 Siehe hierzu: Goldschmidt, Nils: Vertraute Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 83 (2004), S. 487-491.
 - 13 Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen, 7. Aufl. 2004, S. 288.
 - 14 Ders.: Von der alten zur neuen Wirtschaftspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 1949, S. 11.
 - 15 Ders.: Grundsätze, a.a.O., S. 313.
 - 16 Müller-Armack, Alfred: Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft [1952], in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Bern, Stuttgart, 2. Aufl. 1976, S. 236.

- 17 Pies, Ingo: Theoretische Grundlagen einer Konzeption der ‚sozialen Marktwirtschaft‘: Normative Institutionenökonomik als Renaissance der klassischen Ordnungstheorie, in: Dieter Cassel (Hg.), 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1998, S. 107.
- 18 Siehe hierzu: Cremer, Georg: Selbstbestimmte Teilhabe sichern – Märkte ordnen – im Wettbewerb bestehen. Vortrag auf der 3. Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes, 17. – 19. Oktober 2006 in Augsburg, <http://www.caritas.de>.
- 19 Schreiber, Wilfrid: [Diskussionsbeitrag], in: Sinnvolle und sinnwidrige Sozialpolitik. Vorträge und Diskussionen der zwölften Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 22. und 23. Januar 1959 in Bad Godesberg, Ludwigsburg 1959, S. 72.
- 20 Schneider, Jens: Keine Zeit für Kinder. Eine Studie über den Alltag von Acht- bis Elfjährigen zeigt, dass sich ein Viertel von ihnen benachteiligt fühlt, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. Oktober 2007, S. 14.
- 21 Eucken, Grundsätze, a.a.O., S. 179.

Zur Person des Verfassers

Dr. Nils Goldschmidt, Dipl.-Volksw., Dipl.-Theol., ist Forschungsreferent am Walter Eucken Institut in Freiburg i.Br.